



Protokoll

über die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.11.2015
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:09 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Koch, Harald

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

Ordentliche Mitglieder

Boos, Michael

Eichenlaub, Joachim

Försterling, Björn

Gerndt, Elisabeth

Hausmann, Michael

Koch, Manfred

Krause, Patrick

Anwesend ab TOP 7

Anwesend ab TOP 7

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

stellvertretendes Mitglied

Ganzauer, Oliver

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten
Stefan Puhle

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Hortig, Martin

Beddig, Heiko

Dezernent

Vogt, Kornelia

Pressesprecherin

Protokollführerin

Brentrop, Britta

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Bötel, Bernhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
 3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
 4. Genehmigung des Protokolls über die 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 08.09.2015 (§§ 23, 4d GO)
 5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
 6. Änderung der Jagdzeiten
Vorlage: XVII-0661/2015
 7. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE
hier: „Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Website“
Vorlage: XVII-0604/2015/1
 8. Sozialräumliches Arbeiten im Landkreis Wolfenbüttel; Fortführung der Sozialraumprojekte im Regelbetrieb
Vorlage: XVII-0666/2015
 9. Quartalsbericht III / 2015 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0668/2015
 10. Errichtung des Neubaus einer Integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig
Vorlage: XVII-0676/2015
 11. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 - Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2016
Vorlage: XVII-0652/2015/4
 12. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: XVII-0652/2015
 13. Anträge (§§ 23, 4f GO)
 14. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
 15. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender H. Koch eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender H. Koch stellt die Tagesordnung mit der Änderung fest, dass die den Anwesenden vorliegende Drucksache XVII-0676/2015 „Errichtung des Neubaus einer Integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig“ als Tagesordnungspunkt 10 aufgenommen wird und die folgenden Tagesordnungspunkte entsprechend verschoben werden. Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 08.09.2015 (§§ 23, 4d GO)

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig mit einer Enthaltungsstimme nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 08.09.2015 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Kreistagsmitgliedern/Ausschussmitgliedern vorliegen.

TOP 6 Änderung der Jagdzeiten Vorlage: XVII-0661/2015

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf und stellt die Vorlage vor. Er bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Schonzeit für Rehwild wird für Böcke aller Altersklassen und für Schmalrehe für den Zeitraum vom 01. April bis 30. April eines jeden Jahres aufgehoben. Die Verordnung tritt am 01. April 2016 in Kraft und mit Ablauf des 30. April 2020 außer Kraft.

TOP 7 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE hier: „Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Website“ Vorlage: XVII-0604/2015/1

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und stellt die Vorlage vor. Er äußert Bedenken bezüglich der Vereinbarkeit des vorliegenden Beschlussvorschlags mit § 34 NKomVG in Verbindung mit § 7 der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel vom 23.01.2012.

Erster Kreisrat Hortig führt dazu aus, dass es noch rechtliche Fragen zu überprüfen gebe, z.B., ob nicht ein Widerspruch zwischen dem aufgeführten Quorum in den Nummern 2 und 3 der Beschlussvorlage und dem Inhalt des § 34 NKomVG i.V.m. § 7 der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel bestehe. Nach § 34 NKomVG habe schließlich jede Person das Recht, sich einzeln oder in der Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Kommune an die Vertretung, hier der Kreistag, zu wenden. Es dürfte daher unzulässig sein, wenn die Petition als „erledigt“ angesehen werden solle, nur weil ein Quorum nicht erreicht werde. Er schlägt vor, die Sitzungsvorlage zurückzustellen, damit sie nochmals geprüft und ggf. geändert werde.

KAbg. Fricke empfiehlt ebenfalls, die Sitzungsvorlage zurückzustellen und darüber in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zu beraten.

Erster Kreisrat Hortig ergänzt auf Nachfrage des KAbg. Leukert, dass grundsätzlich der Petitionsausschuss über die Zulassung einer Petition entscheide. Es sei zudem neu, dass eine Verlinkung mit einer Petitionsplattform auf der Homepage des Landkreises Wolfenbüttel erfolgen

könne. Weiterhin würde sich die Form der vorgeschlagenen Petition von einer klassischen Petition dahingehend unterscheiden, dass sie wie ein Antrag aus der Mitte der Kreistagsabgeordneten behandelt werden würde.

KAbg. Försterling sieht das Problem darin, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger über die bisher bestehende Möglichkeit des in § 34 NKomVG i.V.m. § 7 der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel erläuterten Verfahrens für Anregungen und Beschwerden nicht Bescheid wüssten. Es sei daher fraglich, ob der von der Kreistagsfraktion DIE LINKE gestellte Antrag nicht so umzusetzen sei, dass man auf der Homepage des Landkreises Wolfenbüttel über dieses bestehende Verfahren besser informiere.

Landrätin Steinbrügge führt an, dass die Sitzungsvorlage nochmals im Zusammenhang mit dem § 34 NKomVG und des § 7 der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel und deren Vereinbarkeit geprüft werde.

Vorsitzender H. Koch gibt zu bedenken, dass er zum einen das Quorum von 1.600 Mitzeichnung und zum anderen die Formulierung der Nummer 3 des Beschlussvorschlages der Vorlage kritische sehe und noch Klärungsbedarf bestehe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVII-0604/2015/1 wird zwecks Beratung in den Fraktionen bis zur 21. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zurückgestellt.

TOP 8 Sozialräumliches Arbeiten im Landkreis Wolfenbüttel; Fortführung der Sozialraumprojekte im Regelbetrieb Vorlage: XVII-0666/2015

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke sieht die Sachnotwendigkeit der Weiterführung der Projekte insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Flüchtlingssituation, würde aber in der CDU-Fraktion darüber beraten wollen. Der Nummer 3 der Sitzungsvorlage könne er auch nur unter Vorbehalt zustimmen, da der Stellenplan für das Jahr 2016 noch nicht genehmigt sei.

Landrätin Steinbrügge weist auf Nachfrage des KAbg. Hausmann darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss seine zustimmende Empfehlung zu dem Beschlussvorschlag abgegeben habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit mit 2 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungsstimmen nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt mit 8 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der erfolgreiche Projektverlauf wird festgestellt.
2. Die beiden Projekte „Die Ulme“ im Sozialraum Juliusstadt und „D 25“ in Schladen werden ab dem 01.01.2016 in den Regelbetrieb weitergeführt.
3. Die Stelle einer/eines Dipl.-Sozialpädagogin/Dipl.-Sozialpädagogen nach Entgeltgruppe S11 TVöD-SuE wird in den Stellenplan 2016 eingestellt.

TOP 9 Quartalsbericht III / 2015 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0668/2015

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf und stellt die Vorlage vor. Er bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage zur Kenntnis nehme.

Ohne weitere Aussprache erfolgt einstimmig nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht III / 2015 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verschlechtert sich das Ergebnis voraussichtlich um 7.290.600 €.

TOP 10 Errichtung des Neubaus einer Integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig Vorlage: XVII-0676/2015

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf und stellt die Vorlage vor. Er bittet um Wortmeldungen.

KAbg. M. Koch fragt nach, wie sich der Kostenanteil von 20 v.H. des Landkreises Wolfenbüttel in Höhe von 1,33 Mio. € ergebe.

Erster Kreisrat Hortig erläutert, dass allein für die Integrierte Regionalleitstelle Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel (IRLS BS/PE/WF) nach einer Grobschätzung Gesamtkosten in Höhe von 6,67 Mio. € zugrunde gelegt werden. Von diesen Gesamtkosten werde der Anteil von 20 v.H. in Höhe von 1,33 Mio. € errechnet. Der Neubau des Führungs- und Lagezentrums (FLZ) inklusive der IRLS BS/PE/WF habe dagegen einen Gesamtfinanzierungsbedarf in Höhe von 13,3 Mio. €.

Die Zahlung des Anteils des Landkreises Wolfenbüttel werde auf 30 Jahre festgelegt, sodass jährlich ca. 45.000 € zu zahlen seien. Hinzu kämen die jährlichen anteiligen Zahlungen in Höhe von rund 253.700 € aus der Zweckvereinbarung vom 18. Dezember 2006.

KAbg. Fricke schlägt vor, die Vorlage in den Fraktionen zu beraten und erst im Kreisausschuss eine Beschlussempfehlung abzugeben.

KAbg. Krause stimmt dem KAbg. Fricke zu, dass die Vorlage in den Fraktionen besprochen werden solle.

KAbg. M. Koch schlägt vor, sich bei anderen Landkreisen über deren mögliche Handhabung bezüglich einer integrierten Regionalleitstelle zu informieren.

Erster Kreisrat Hortig teilt mit, dass die Stadt Salzgitter eine eigene Leitstelle habe und der Landkreis Helmstedt mit der Stadt Wolfsburg kooperiere. Von dort gebe es keine Signale, dass Interesse an einer gemeinsamen Leitstelle mit Braunschweig bestehe. Allerdings wurde mit der Stadt Braunschweig vereinbart, dass der Kostenanteil des Landkreises Wolfenbüttel nicht mehr als 20 v.H. betrage, selbst wenn sich der Landkreis Peine nicht an der IRLS BS/PE/WF beteilige. Erster Kreisrat Hortig weist zudem auf Nachfrage der KAbg. Gerndt auf die Kündigungsfristen des § 7 des Vertrages hin.

Hinweis der Verwaltung:

Die Sitzungsvorlage XVII-0676/2015 „Errichtung des Neubaus einer Integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig“ ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Sitzungsvorlage XVII-0676/2015 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 11 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 - Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2016 Vorlage: XVII-0652/2015/4

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf und stellt die Vorlage vor. Er bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke merkt an, dass dieser Tagesordnungspunkt im Kontext mit dem Haushaltsentwurf gesehen werden müsse. Die CDU-Fraktion habe noch keine Haushaltsklausur gehalten und aufgrund des hohen Fehlbetrages bestünde entsprechender Diskussionsbedarf. Zudem könnten sich die Zahlen bis zur nächsten Kreistagssitzung am 11.01.2016 noch ändern und seien somit noch nicht endgültig. Er empfiehlt, diese Sitzungsvorlage und die Sitzungsvorlage XVII-0652/2015 über die Haushaltssatzung zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben.

KAbg. Hausmann schließt sich diesem an. Auch in der SPD-Fraktion bestünde noch Beratungsbedarf, da ebenfalls noch keine Haushaltsklausur erfolgt sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Sitzungsvorlage XVII-0652/2015/4 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 12 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: XVII-0652/2015

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf und stellt die Vorlage vor. Er richtet seinen Dank an alle, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2016 beteiligt waren und erteilt Herrn Beddig das Wort.

Herr Beddig stellt eine kurze Präsentation des Entwurfs des Haushaltsplans des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 vor. Er merkt an, dass der Haushalt für das Haushaltsjahr 2016 und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation schwer zu planen und zu erstellen gewesen sei. Mit weiteren Änderungen sei zu rechnen. Weiterhin gebe es zu bedenken, dass durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen auch andere Bereiche innerhalb der Verwaltung betroffen seien und nicht in erster Linie nur die Asylbewerberleistungen. Es sei daher ein Trugschluss, dass die vom Land angekündigten Erstattungen auch tatsächlich die entstandenen Kosten decken würden.

Hinweise der Verwaltung:

Die Präsentation zum Haushaltsplanentwurf des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

KAbg. Fricke fragt nach, wie hoch die durchschnittlichen Kosten für einen Flüchtling im Landkreis Wolfenbüttel pro Monat seien unter Bezugnahme von Kosten für u.a. Personal, Unterbringung und Betreuung. Er merkt an, dass es eine große Spanne zwischen den Erstattungen pro Flüchtling vom Land Niedersachsen und den entstandenen Kosten gebe.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die errechneten Kosten pro Flüchtling für das Jahr 2016 jährlich bei 9.800 € lägen. Dabei seien die wesentlichen Personalaufwendungen aus Dezernat III berücksichtigt. Für 2016 wolle das Land Niedersachsen 9.500 € und für 2017 10.000 € pro Flüchtling erstatten. Die Spanne zwischen den Kosten pro Flüchtling und den Erstattungen ergebe sich daraus, dass für die Berechnung der Erstattungen die Anzahl der Flüchtlinge zugrunde gelegt werde, die sich aus dem Durchschnitt der beiden vorherigen Jahre ergebe. Im Jahr 2016 rechne der Landkreis Wolfenbüttel mit einem Anstieg der Gesamtzahl der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf rund 3.030. Das sei die doppelte Anzahl an Leistungsempfänger als im Jahr 2015. Sie ergänzt auf Nachfrage des KAbg. Fricke, dass man sich bei der Diskussion zwischen dem Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden auf die Erhöhung der Erstattungspauschale und nicht auf die Verkürzung des Erstattungszeitraums geeinigt habe.

KAbg. Försterling merkt an, dass durch die verzögerten Erstattungen für die Flüchtlinge, die Kommunen für Bund und Länder in Vorfinanzierung treten. Allerdings könne in den Folgejahren die

Erstattungen zum Schuldenabbau genutzt werden, falls die Zahlen der Flüchtlinge wieder sinken sollte.

KAbg. Gerndt sieht die Aufgabe darin, dass bei den 3 Mio. € des Defizits für das Haushaltsjahr 2016, welches nicht in direktem Zusammenhang mit den Aufwendungen für Flüchtlinge stehe, nach Einsparungspotentialen geschaut werden müsse.

KAbg. Hausmann sieht auch das Problem, dass die Erstattungen vom Land Niedersachsen nicht alle Kosten decken werden. Zudem sei es wichtig, zu den Stichtagen für die Erstattungen auch die Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber dem Land zu melden, die noch im Besitz einer Bescheinigung über die Meldung als Asylbewerber und nicht Inhaber einer Aufenthaltsgestattung sind.

KAbg. Fricke weist nochmals darauf hin, dass eine jährliche Erstattung von 10.000 € pro Flüchtling nicht ausreichend sei. Weiterhin fragt er nach, ob es bereits Gespräche über die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel und der Stadt Wolfenbüttel gegeben habe.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Gespräche mit der Stadt Wolfenbüttel über die Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse geführt würden. Sie weist zudem nochmals auf die aktuelle Problematik der Haushaltsaufstellung unter den gegebenen Umständen hin. Der Haushalt sei nach bestem Wissen und Gewissen mit den derzeit aktuellen Erkenntnissen und vorliegenden Zahlen erstellt worden. Bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2015 und der Kreistagssitzung am 11.01.2016 werde der Haushalt soweit wie möglich aktualisiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Sitzungsvorlage XVII-0652/2015 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 13 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 14 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 14 auf.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Unterrichtungen nicht erforderlich seien.

TOP 15 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender H. Koch schließt die Sitzung um 19:09 Uhr.

Vorsitzender Harald Koch

Erster Kreisrat Martin Hortig

Protokollführer/in Britta Brentrop